Nach einem Machtwechsel: Wie lässt sich eine Lähmung des Verwaltungssystems vermeiden?

ROC40-Q21 · v1.0 | 2026-11-21

Der gefährlichste Moment eines Machtwechsels ist oft nicht der Tag, an dem das alte Regime fällt, sondern der Morgen danach: ob die Büros öffnen, ob die Gehälter ausgezahlt werden können, ob die Krankenhäuser Patienten aufnehmen, ob Wasser und Strom fließen — sobald die Verwaltung stillsteht, spüren die einfachen Menschen nicht ein abstraktes System, sondern einen Bruch im Alltag: keine Rente, keine Dokumente, keine ärztliche Versorgung.

Der Schlüssel zur Vermeidung einer Lähmung liegt darin, „Regime" und „Verwaltungssystem" voneinander zu trennen. Ausgetauscht werden die Regierenden, nicht der gesamte Beamtenapparat. Die Schlussfolgerung der zwölften Frage dieser Reihe hat bereits dargelegt: Der demokratische Übergang in Taiwan hat nicht zum Zusammenbruch des staatlichen Verwaltungssystems geführt; die Verwaltungsmaschinerie kann während eines Machtwechsels weiterlaufen. Auch der Übergang auf dem Festland braucht diese Grenzlinie: Die Leitung kann wechseln, die Institutionen dürfen nicht stillstehen, die Akten dürfen nicht verloren gehen, die Gehälter dürfen nicht ausbleiben.

1. Machtwechsel, aber kein Wechsel der Verwaltungsschicht

Zunächst ist eine Regel festzulegen: Politische Beamte kommen und gehen mit dem Machtwechsel, Fachbeamte bleiben nach dem Gesetz im Amt. Politische Ernennungen auf der Ebene von Ministern und Provinzgouverneuren können mit der neuen Ordnung neu besetzt werden; die Fachbeamten aber, die Melderegister, Steuern, Sozialversicherung, Gesundheitswesen und Bildung bearbeiten, sollen vor Ort im Amt bleiben und ihre Aufgaben weiter wahrnehmen. Sonst wird jeder Machtwechsel zu einem personellen Erdbeben im gesamten System, und die Kosten dieses Bebens tragen alle Einwohner.

Damit verbunden ist die „geschäftsführende Regelung": In der Übergangsphase zwischen Alt und Neu hält eine durch ein gesetzliches Verfahren bestimmte geschäftsführende verantwortliche Person die Institutionen am Laufen; ihre Befugnisse beschränken sich auf die laufende Verwaltung und dringende Maßnahmen, und sie darf die Gelegenheit nicht nutzen, um langfristige personelle Ernennungen oder Entlassungen oder größere Vermögensverfügungen vorzunehmen. Die Geschäftsführung ist weder die neue

Macht noch eine Fortsetzung der alten Macht, sondern eine Brücke — und die Aufgabe einer Brücke ist es, Menschen hinübergehen zu lassen, nicht sie darauf wohnen zu lassen.

2. Verbleib im Amt, Überprüfung und Gehälter: Die Reihenfolge dieser drei Dinge darf nicht vertauscht werden

Nachdem die Fachbeamten im Amt geblieben sind, ist die zweite Sache die Überprüfung; doch der Umfang der Überprüfung muss eng gehalten werden: Nur bei schwerwiegenden Rechtsverstößen wird persönliche Verantwortung verfolgt, keine allgemeine Säuberung. Gewöhnliche Beamte pauschal als Komplizen des alten Regimes zu betrachten, ist nicht nur ungerecht, sondern erzeugt unmittelbar Lähmung — denn wenn niemand zu unterschreiben und zu handeln wagt, friert das gesamte System von selbst ein. Die Überprüfung muss einem gesetzlichen Verfahren folgen, und ihre Ergebnisse müssen anfechtbar sein. Dies ist die grundlegende Position der vierzehnten Frage dieser Reihe zur Transitional Justice; die vorliegende Frage zitiert sie, ohne sie auszuführen.

Die dritte Sache sind die Gehälter, und sie müssen an erster Stelle stehen. Dass die Gehälter der Beamten, der Lehrer und des medizinischen Personals pünktlich ausgezahlt werden, ist das unmittelbarste Signal für die Kontinuität der Verwaltung. Eine Übergangsregelung, die nicht einmal die Gehälter auszahlen kann, kann — so wohlklingend ihre Parolen auch sein — die Beamten nicht davon überzeugen, dass die neue Ordnung Loyalität verdient. Die Gehaltslisten, die Konten und die Auszahlungskanäle sollen in der Übergabeliste als erster Punkt aufgeführt werden.

3. Eine Liste der „nicht unterbrechbaren” Leistungen

Für die Übergangszeit soll im Voraus eine Liste der nicht unterbrechbaren Leistungen erstellt werden: Melderegister- und Dokumentenbearbeitung, medizinische Notfallversorgung und öffentliche Gesundheit, Wasser- und Stromversorgung, Verkehrsbetrieb, Schulbeginn, Müllabfuhr, polizeiliche Notrufe. Diese Angelegenheiten werden von den lokalen Regierungen vor Ort verantwortet; die Zentralregierung leistet nur Koordination und Finanzierung und übernimmt nicht flächendeckend die Kontrolle. Die achtzehnte Frage dieser Reihe wird eigens die Aufrechterhaltung der lokalen Regierungen und der grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen erörtern; die vorliegende Frage legt zunächst deren Voraussetzung fest: Die Dienstleistungen laufen weiter, weil die Verantwortung bei den lokalen Stellen liegt und nicht darin besteht, auf die neue Führung der Zentrale zu warten.

Die Liste muss zudem mit einem Übergabeverfahren verbunden werden: Die Verzeichnisse der Akten, Siegel, Konten, Verträge und unerledigten Fälle müssen zwischen den alten und neuen Verantwortlichen persönlich

durchgezählt und durch Unterschrift bestätigt werden. Eine Übergabe ohne Liste ist keine Übergabe — denn später wird jede unklare Rechnung zu politischer Munition gegenseitiger Schuldzuweisungen.

4. Die wahre Gefahr der Lähmung: ein Machtvakuum

Die gefährlichste Folge einer Verwaltungslähmung ist nicht Unbequemlichkeit, sondern ein Machtvakuum. Ein Vakuum bleibt nicht lange leer: Lokale Machthaber werden im Namen der „Aufrechterhaltung der Ordnung" nach eigenem Gutdünken handeln, und neue starke Männer werden im Namen der „Wiederherstellung der Effizienz" die Macht konzentrieren — genau das ist die lokale Warlordisierung und das Machtmonopol, die die fünfundzwanzigste Frage dieser Reihe verhindern will. Eine Lähmung zu verhindern, ist letztlich auch die erste Verteidigungslinie gegen ein neues Monopol.

Daher braucht die Verwaltungsregelung der Übergangszeit noch zwei Dinge: erstens Informationsoffenheit, damit die Einwohner wissen, welche Dienstleistungen normal laufen, welche sich in der Wiederherstellung befinden und bei wem sie sich beschweren können; zweitens bürgerschaftliche Aufsicht und Beschwerdekanäle, damit Menschen, die ungerecht behandelt wurden, einen Ort haben, an dem sie ihr Recht darlegen können. Die Kontinuität von Verfassung und Gesetzen (siehe die Erörterung über den Nutzen der Verfassung in der zweiten Einführung) ist das Fundament all dessen: Die neue Ordnung ist keine Gesetzlosigkeit, sondern ein besseres Regelwerk, das weiter angewendet wird.

Die Kontinuität der Verwaltung verwandelt sich letztlich in politisches Vertrauen: Wenn die Einwohner sehen, dass Dokumente wie gewohnt bearbeitet, Gehälter wie gewohnt ausgezahlt und Beschwerden beantwortet werden, erst dann werden sie glauben, dass die neue Ordnung nicht nur ein weiterer Dynastiewechsel ist, sondern Regeln, die es wert sind, befolgt zu werden. Vertrauen wird nicht durch Propaganda erzeugt, sondern durch die Büros angesammelt, die jeden Tag pünktlich öffnen. Sobald dieses Vertrauen aufgebaut ist, haben die übrigen Reformen der Übergangszeit erst eine gesellschaftliche Grundlage für ihre Durchsetzung; umgekehrt wird, sobald die Verwaltung stillsteht, selbst der beste Verfassungstext als leeres Gerede betrachtet werden.

Weiterführende Lektüre

Index der „Vierzig Fragen zur Republik China" (https://freechina.live/governance-public-policy/third-republic-governance-blueprints/roc-history-constitutional-reconstruction/)

Zwölfte Frage: Warum hat der demokratische Übergang in Taiwan nicht zum Zusammenbruch des staatlichen Verwaltungssystems geführt? (https://freechina.live/?p=22007)

Vierzehnte Frage: Welche Erfahrungen und Grenzen hat die Transitional Justice in Taiwan? (https://freechina.live/?p=22008)

Zweite Einführung: Wozu dient eine Verfassung überhaupt? (https://freechina.live/?p=21234)

Siebzehnte Frage: Warum kann der Wiederaufbau einer verfassungsmäßigen Ordnung nicht allein auf die bestehende Regierung Taiwans gestützt werden? (Spätere Frage dieser Reihe)

Achtzehnte Frage: Wer erhält die lokalen Regierungen, Krankenhäuser, Schulen und grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen aufrecht? (Spätere Frage dieser Reihe)

Wie lassen sich lokale Warlordisierung und neue Machtmonopole verhindern? (https://freechina.live/简体中文-simplified-chinese/如何防止地方军阀化和新的权力垄断？/)

Quellenangaben

Index der „Vierzig Fragen zur Republik China" (https://freechina.live/governance-public-policy/third-republic-governance-blueprints/roc-history-constitutional-reconstruction/)

Zwölfte Frage, „Warum hat der demokratische Übergang in Taiwan nicht zum Zusammenbruch des staatlichen Verwaltungssystems geführt?" (https://freechina.live/?p=22007) — Schlussfolgerung zur fortlaufenden Arbeit des Verwaltungssystems, in der vorliegenden Frage zitiert

Vierzehnte Frage, „Welche Erfahrungen und Grenzen hat die Transitional Justice in Taiwan?" (https://freechina.live/?p=22008) — Position zur Unterscheidung persönlicher Verantwortung, in der vorliegenden Frage zitiert

Zweite Einführung, „Wozu dient eine Verfassung überhaupt?" (https://freechina.live/?p=21234) — Schlussfolgerung zur rechtlichen Kontinuität, in der vorliegenden Frage zitiert

Fünfte Einführung, „Lokale Selbstverwaltung und Alltagsleben" (https://freechina.live/?p=21237) — Begriff der lokalen Selbstverwaltung, in der vorliegenden Frage zitiert

Aus dem ZH-Hans-Master übersetzt (veröffentlicht am 2026-10-31).

← Zurück zum Index der vierzig Fragen (https://freechina.live/de/governance-public-policy/third-republic-governance-blueprints/roc-history-constitutional-reconstruction/)

Auch verfügbar auf: 简体中文 (https://freechina.live/%e7%ae%80%e4%bd%93%e4%b8%ad%e6%96%87-simplified-chinese/%e6%94%bf%e6%9d%83%e6%9b%b4%e6%9b%bf%e4%b9%8b%e5%90%8e%ef%bc%8c%e5%a6%82%e4%bd%95%e9%81%bf%e5%85%8d%e8%a1%8c%e6%94%bf%e4%bd%93%e7%b3%bb%e7%98%ab%e7%97%aa%ef%bc%9f/) · English (https://freechina.live/english/after-a-change-of-regime-how-can-administrative-paralysis-be-avoided/) · 繁體中文 (https://freechina.live/繁體中文-traditional-chinese/政權更替之後，如何避免行政

體系癱瘓？/) · Français (https://freechina.live/francais/apres-un-changement-de-regime-comment-eviter-la-paralysie-administrative/) · Español (https://freechina.live/espanol/despues-de-un-cambio-de-regimen-como-evitar-la-paralisis-del-sistema-administrativo/)